

Andere Steuergesetzgebung

Horst Prem

Am 21.8.2011 titelte die FAZ Sonntagsausgabe: „Kirchhof beklagt Feudalismus, Wir verteilen von Arm zu Reich, Steuerrechtler mahnt Reform an und kritisiert Euro-Rettung“.

Der Steuerrechtler und frühere Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof hat „Feudalismus“ im deutschen Steuerrecht beklagt. Es beruhe auf dem „Recht des ökonomisch Stärkeren“ und führe zu einer „Umverteilung von Arm zu Reich“.

Und er führte weiter aus: Viele Politiker hätten an dem „Verwirr- und Privilegierungssystem“ mitgewirkt. Sie sähen in den Vergünstigungen, die sie für ihre Lobby erkämpft hätten, ihren beruflichen Erfolg und stünden einer Reform im Weg.

Kirchhof hat in zehnjähriger Arbeit mit seiner Forschungsgruppe an der Heidelberger Universität ein Einkommensteuergesetzbuch (EStGB) mit 35 Seiten, gegliedert in 146 Paragraphen, vorgelegt. Kernpunkte sind die Reduktion der Einkunftsarten auf die Einkommensteuer, einen einheitlichen Steuersatz von 25%, radikalen Subventionsabbau und Integration der Körperschaftssteuer in die Einkommensteuer.

Die Einkommensteuer wird derzeit durch Anwendung eines progressiven Tarifs auf das zu versteuernde Einkommen erhoben. Ab 52.000,-€ mit 42%. Firmen zahlen einen einheitlichen Körperschaftssteuersatz von 25%. Dies ist höchst ungerecht und deshalb schlägt Kirchhof einen Steuersatz von 25% für alle vor. Ich halte diesen Vorschlag immerhin für einen ehrlichen Versuch, Steuergerechtigkeit zu schaffen und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Was mich als Ingenieur, der ein Leben lang immer neue Produkte geschaffen hat, massiv stört, ist die Bemessung von Steuern in unseren Volkswirtschaften, wie in der Vergangenheit, nur nach Arbeit, Kapital und Boden ohne eine konsequente Besteuerung von Energie (Ökosteuer) als Rückkopplungsfaktor. Erst dann wird unendliches Wachstum eingebremst und die Ökologie wird zu einem sinnvollen Parameter in den Volkswirtschaftstheorien.

Ein einheitlicher Einkommensteuertarif trägt nicht dazu bei, die Steuertarife an der Mächtigkeit der Produktionsfaktoren bei der Schaffung von Produkten zu orientieren. Der Kirchhofsche Einkommenssteuertarif führt zur Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen zwischen Einkommenssteuer und Körperschaftsteuer, löst aber nicht das Problem, dass im Produktionsprozess neben dem Lohn (Einkommen) noch andere Faktoren die Produktkosten unterschiedlich stark beeinflussen. Das Steuersystem braucht m.E. einen Bezug zum Produktentstehungsgang. Die Höhe der Steuern wird dann neben der Produktionsmächtigkeit noch von anderen Faktoren wie z.B. der Kirchhofschen Steuergerechtigkeit beeinflusst. Ein Steuersystem nur auf dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit aufzubauen, zeugt von Unkenntnis im Produktentstehungsgang und in den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen.

Kirchhof hat Recht, wenn er Kritik äußert an dem Rettungsprogramm für in Not geratene Euro-Staaten. „Wir werden aufgefordert, Solidarität gegenüber Griechenland zu üben. Aber im Kern üben wir Solidarität gegenüber dem Finanzmarkt“, sagt er. Dort würden Forderungen und Beteiligungen mehrfach verkauft, und auf jeder Stufe gebe es Käufer und Verkäufer, Berater und Prüfer, Versicherer und Rückversicherer, „die alle ihren Staubsauger angestellt haben, um Gewinne abzusaugen“. Der Staat müsse dieses System zwar finanzieren, um die Augenblicksstabilität zu bewahren. Weil er aber dies nur mit Geld tun könne, das er sich selbst vom Finanzmarkt leihe, gerate er in immer größere Abhängigkeit von ihm. Diese „dramatische Spirale“ müsse verlangsamt und zum Stillstand gebracht werden, fordert Kirchhof. Dazu müsse Deutschland sein Steuersystem so umbauen, dass es von den Bürgern wieder als transparent und gerecht erfahren werde.

Meiner Ansicht nach beschreibt Kirchhof hier akribisch genau einen Finanzmarkt, der nichts mehr mit dem Produktentstehungsgang zu tun hat. Die Eigendynamik des Finanzmarktes losgelöst von allen Wertschöpfungsprozessen muss gebrochen werden. Dies sagt Kirchhof leider nicht und ich

sehe auch Niemanden in der jetzigen Regierung, der dies zu seinem Ziel machen könnte. Eine Regierung, die erstaunt feststellt wie robust der Arbeitsmarkt trotz der Finanzkrise ist, zeigt eben kein Verständnis für Zusammenhänge. Der Arbeitsmarkt ist gekoppelt an den Produktentstehungsgang und nicht an die losgelösten Finanzmärkte.

Unter der Überschrift „Durch Versagen zur Macht – Erst mussten die Staaten die Finanzmärkte retten, jetzt herrschen die Märkte über die Staaten, und es droht das Ende der Politik“ schreibt Erhard Eppler in der SZ vom 6.9.2011:

„Demokratie ist eine europäische Erfindung. Demokratie ist eine Staatsform, die Form politischer Willensbildung. Alle Gewalt soll von den Regierten ausgehen. Sie sollen ihre Macht delegieren in freien Wahlen. Wo die entscheidende Gewalt von den Finanzmärkten ausgeht, kann es zwar freie Wahlen geben, aber sie werden zur Farce. Und Demokratie wird zum Formelkram. Es gibt viele Argumente für ein vereinigtes Europa. Dass ohne dieses Europa die Demokratie ihre Substanz verliert mag neu sein. Aber es wiegt schwer. Dass immer mehr Politik in Brüssel gemacht wird, ist kein Unglück. Sie wird dort oder gar nicht gemacht.“

Es geht darum, unsere demokratischen Errungenschaften zu retten. Dies geht, wenn Politiker beginnen, die Macht der vom Produktentstehungsgang völlig losgelösten Finanzmärkte und der Ratingagenturen zu brechen. Die Ansätze dazu sind derzeit viel zu zaghaft. Dazu ist es notwendig auf politische Ziele zu setzen, die eine ökologisch verträgliche Infrastruktur schaffen. Ich möchte das nicht als Patentrezept verstanden wissen, sondern als logische Konsequenz aus der verfahrenen Wirtschaftspolitik der christlich/liberalen Regierung, wie sie Frau Merkel nennt. Basierend auf dem Wachstumsdogma sind das Ergebnis christlich/liberaler Wirtschaftspolitik zerstörte Lebensgrundlagen. Und das gilt leider weltweit. Hier kommen wir in die ethische Dimension der heute praktizierten Wirtschaftspolitik und deshalb geht uns als Unitarier dieses Thema etwas an. Immerhin heißt der Artikel 20a GG¹ und genau an diesem Artikel sind die Unitarier nicht ganz unschuldig:

„Der Staat schützt in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Im Artikel 151 der Bayerischen Verfassung² heißt es sogar:

„(1) Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“

Die christlich/liberalen Regierungen im Bund wie in Bayern verstoßen mit ihrem Konsum-Wachstumsdogma ständig gegen das GG und die Bayerische Verfassung.

Andererseits begrenzt Kirchhof in einem Artikel „Das EStGB – ein Vorschlag zur Reform des Ertragssteuerrechtes“³ glasklar die Aufgaben des Staates unter der Überschrift Besteuerung des Markteinkommens“:

„Ein Staat mit freiheitlich verfasster Rechts- und Wirtschaftsordnung ist strukturell grundsätzlich gehindert, Unternehmer zu sein; er muss sich durch Teilhabe am Erfolg privaten Wirtschaftens finanzieren. Die Steuer ist daher die notwendige Folge der Eigentümer- und Berufsfreiheit.

Wer auf dem Markt erfolgreich ist und Einkommen erzielt, verdankt dies neben eigener Leistung auch der Rechtsgemeinschaft, die ihm Rechtsordnung und Gerichtsschutz, Währungs- und Bankwesen, ausgebildete Arbeitskräfte und vor allem die inländische Nachfragekraft zur Verfügung stellt. Der Staat fordert als Repräsentant der Rechtsgemeinschaft über die Steuer seinen Anteil am Erfolg...“.

Die Ausgestaltung des Steuerrechtes ist somit die einzige Möglichkeit des Staates, seine verfassungsmäßig verbrieften Ziele zu erreichen. Und genau an dieser Stelle versagt die christlich / libera-

1 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 mit Änderungen und Ergänzungen bis 1. Dezember 2009.

2 Verfassung des Freistaates Bayern durch Volksentscheid vom 1. Dezember 1946 angenommen.

3 Paul Kirchhof, Das EStGB – ein Vorschlag zur Reform des Ertragssteuerrechtes, Deutsches Steuerrecht, Beiheft 5 zu Heft 37 / 2003, 41. Jhg., 10. September 2003.

le Regierung von Frau Merkel. Sie fordert Solidarität gegenüber Griechenland, was in Praxis heißt Solidarität gegenüber den Finanzmärkten. Sie treibt den Staat in nicht mehr überschaubare Finanzrisiken und ist nicht bereit, eine europäische Wirtschaftsregierung einzurichten, die natürlich die Souveränitätsrechte der Staaten begrenzen muss. Eine Finanztransaktionssteuer wird nicht eingeführt. Eine umweltverträgliche deutsche Infrastruktur wird nicht aufgebaut, die Vorbild für ganz Europa aber auch für die weltweiten Entwicklungsziele sein kann. Im Endeffekt wird mit der taktierenden Politik der christlich / liberalen Regierung die demokratische Grundordnung Europas aufs Spiel gesetzt.

Was ist zu tun?

Wie kann ich das einfallslöse politische System so beeinflussen, dass der Übergang zu einem System gelingt, in dem die Grundlagen der Ökonomie nicht finanzbezogen sondern naturbezogen sind. In dieser naturbezogen Ökonomie muss Arbeit den Kriterien genügen:

- kompetenzstiftend
- gemeinschaftsfördernd
- sinnstiftend

zu sein.

Wenn uns dieser Übergang nicht gelingt zerstören wir unsere Lebensgrundlagen.

Manchmal habe ich den Eindruck, dass der Bürger schon weiter ist als der Parlamentarier, der mit Formaltexten der finanzbezogenen Ökonomie zugemüllt wird. Um diese Orientierungslosigkeit zu beenden, schlage ich drei Politikbereiche vor, an denen ernsthaft parteiübergreifend zu arbeiten ist:

- Steuergerchtigkeit
- Generationengerechtigkeit
- Fortentwicklung der demokratischen Grundordnung Europas

1. Steuergerechtigkeit

Kirchhof hat dazu schon viel vorgearbeitet. Ich halte den Ansatz für richtig und umsetzungsreif, die Einkommen und die Erträge der Körperschaften mit einem einheitlichen Steuersatz zu belegen. Die 25%-Marke halte ich für angemessen, um die Wettbewerbsverzerrung im Steuerrecht zu beseitigen. Dies führt zur wesentlichen Vereinfachung der Steuersystematik und des Verwaltungsaufwandes und schafft Zeit, sich auf die wesentlichen Aufgaben zu konzentrieren.

2. Generationengerechtigkeit

Die Generationengerechtigkeit ist derzeit nicht gewährleistet. Auch der Versuch, durch Sozialabbau (Agenda 2010) Generationengerechtigkeit herzustellen, ist m.E. gescheitert. Ich halte es für dringend erforderlich den Webfehler in den Volkswirtschaftstheorien zu korrigieren. Im Produktentstehungsgang sind Arbeit, Kapital und Boden, wie seit Adam Smith, wesentliche Produktionsfaktoren. Im Zeitalter der Automatisierung muss aber auch die Energie in den Volkswirtschaftstheorien berücksichtigt werden. Ich verweise nur auf das Büchlein von Reiner Kümmel⁴, in dem die Zusammenhänge treffend beschrieben sind.

Vor einem Jahr hatte ich hier an gleicher Stelle unter dem Titel „Wachstumszwickmühle – vom Monopoly der Ökonomie contra Ökologie“ die Zusammenhänge klargelegt. Ich hatte als Untertitel gewählt: „Die Schlüsselrolle der Energiepolitik für ein gerechteres Steuersystem“.

Nur über die konsequente Anwendung der ökologischen Steuerreform sind in einer automatisierten Industriegesellschaft die Arbeitsplätze im Konkurrenzkampf von Sozialsystemen zu verteidigen. Das ist der eine Gesichtspunkt. Der andere ist, durch die Dezentralisierung der Energieversorgung den täglichen Aderlass von 260 Mio € für Energiebeschaffung zu beenden und Strom zur Primär-

4 Reiner Kümmel, Energie und Kreativität, B.G. Teubner Verlagsgesellschaft, Stuttgart Leipzig 1998

energie dieser neuen Industriegesellschaft zu machen. Dieser Umbau der Industriegesellschaft dient zwei Zielen:

- dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen
- einem effizienten Umgang mit Energie

Voraussetzung ist aber, die Einnahmen aus der Ökosteuer zur Entlastung der Sozialsysteme zurückzugeben. So kann ein Silberstreif der Generationengerechtigkeit am Horizont sichtbar werden.

3. Fortentwicklung der demokratischen Grundordnung in Deutschland und Europa

Unsere demokratische Grundordnung ist von zwei Seiten bedroht. Zum einen von einer korrupten Finanzwirtschaft, die den Staat in Geiselschaft nimmt, Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert. Diese Zusammenhänge hatte ich eingangs schon erläutert.

Zum anderen von einer korrupten Industriestruktur, die mit staatlicher Unterstützung Handel mit Ländern treibt, die weder Menschenrechte noch Umweltstandards einhalten. Wer z.B. in Deutschland bereits verbotene Chemikalien nach Indien exportiert und damit Geschäfte macht, hat den Tatbestand der Bestechlichkeit erfüllt. Diese Korruption im Denken kann nur beendet werden, wenn zivilgesellschaftliche Gruppen die dritte Ecke des Dreiecks besetzen, das aus Industrie, Staat und Zivilgesellschaft besteht. Hier sind wir bei basisdemokratischen Prozessen angekommen, denn Staat und Industrie kann man Entscheidungen, die unsere Lebensgrundlagen betreffen nicht alleine überlassen. Stuttgart 21 ist ein Musterbeispiel dafür, dass Staat und Industrie diese Zusammenhänge noch garnicht verstanden haben. Heiner Geißler aber sehr wohl!

Pionierarbeit hat da auch Peter Eigen geleistet, der Gründer von Transparency International. Nur durch Transparenz und Einhaltung demokratischer Regeln lässt sich diese unselige Allianz zwischen Staat und Industrie auflösen.

Wir müssen auch bereit sein, Souveränitätsrechte an die EU abzugeben, um eine Wirtschaftsregierung zu ermöglichen, die aber die Grundlagen der Ökonomie naturbezogen gestaltet. Eine gemeinsame Währung in 17 so unterschiedlichen Volkswirtschaften einzuführen ist wieder nur eine finanzbezogene Betrachtung Europas und damit ein elementarer politischer Fehler, der dringend korrigiert werden muss. Die Abgabe von Souveränitätsrechten an die EU kann zur Chance für Europa werden, wenn gleichzeitig zu dieser Abgabe die Grundlagen der Ökonomie naturbezogen gestaltet werden. Es muss Politik für den Bürger⁵ statt für Großkonzerne gemacht werden und die ist erreichbar durch Rückgabe der Energiehoheit an den Bürger und die Dezentralisierung der Energieinfrastruktur und durch eine EU weite Harmonisierung der Steuergesetze.

Zusammenfassung

Zitat Kümmel: „Um einen Niedergang zu vermeiden, der in seinen Folgen dem Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaft nicht nachstehen wird, muss eine Wirtschaftswende vollzogen werden. Die dazu notwendigen Reformen dürfen nicht länger von den marktfundamentalistischen Dogmen für eine virtuelle Wirtschaftswelt geleitet werden...“

Lassen Sie mich auch die Rahmenbedingungen für qualitatives Wachstum wiederholen:

Qualitatives Wachstum kann nur auf einer Energieernte in geschlossenen Kreisläufen und nicht auf Ressourcenverbrauch aufbauen.

Die sinnvollste Wärmeproduktion ist die direkte Nutzung der solaren Infrarotstrahlung über Solarthermie und die Nutzung der Wärmeproduktion des radioaktiven Zerfalls bei der Tiefengeothermie. Biogene Brennstoffe sind wenigstens CO₂ neutral.

⁵ Christian Felber, Gemeinwohl-Ökonomie, Das Wirtschaftsmodell der Zukunft, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag, Wien, 2010.

Die sinnvollste Stromproduktion ist die Nutzung der Fusionsenergie der Sonne über Photovoltaik, Windenergie und Laufwasserkraftwerke. Strom wird zur „Primärenergie“.

Die sinnvollste Nutzung der Gravitationskräfte aus dem Mondumlauf zur Stromproduktion über Laufwasserturbinen ist die Gezeitenenergie.

Die sinnvollste CO₂-Entgiftung der Atmosphäre besteht in der Einlagerung des CO₂ im Humus der Ackerflächen.

Dünger ist flächendeckend über dezentrale Abfallvergärung herzustellen.

Das dabei entstehende Biogas muss neben solarem Wasserstoff in die Gasnetze eingespeist und dezentral in Strom und Wärme in Blockheizkraftwerken gewandelt werden.

Neben das Erneuerbare Energiengesetz für Stromnetze gehört ein weiteres für die Gasnetze.

Der Staat hat die Aufgabe, das Steuersystem so zu gestalten, dass qualitatives Wachstum entsteht und die Ökonomie von der finanz- auf die naturbezogenen Grundlage gestellt wird. Hier liegt m.E. die größte Chance der neu zu gestaltenden politischen Ebene der EU. Die Geschwindigkeit dieses demokratischen Umbaus muss zur Leitgeschwindigkeit werden und die Geschwindigkeit der Finanzmärkte ablösen. Der Mensch lebt von Nutzwerten und nicht vom Geld! Es geht darum in unseren ökonomischen Prozessen das richtige Maß zu finden. Die Energiekrise und die Klimaproblematik zwingen uns, unsere technischen Prozesse von der Chemie und Physik auf die Biologie umzustellen, eine Schlussfolgerung die schon E. F. Schumacher⁶ gezogen hatte, dessen 100. Geburtstag am vergangenen Wochenende in München gefeiert wurde. Es geht auch darum, die Steuergesetze europaweit zu harmonisieren. Hierfür hat m.E. Paul Kirchhof mit seinem neuen Steuergesetzbuch⁷ einen entscheidenden Beitrag geliefert, um die Wettbewerbsverzerrung zwischen Einkommens- und Körperschaftssteuer zu beseitigen. Dieser Kirchhof-Beitrag entbindet uns aber nicht von der Verpflichtung, die Anbindung des Steuersystems an die Mächtigkeit der Faktoren des Produktentstehungsganges (Arbeit, Kapital, Boden und Energie) sicherzustellen.

Ich hoffe es ist mir gelungen, zu verdeutlichen an welchen Stellschrauben gedreht werden muss, um das Steuersystem aus seinem frühindustriellen Stadium in ein Stadium des 21. Jhd. zu überführen.

6 E. F. Schumacher-Gesellschaft für politische Ökologie e.V., Festakt und Symposium zum 100. Geburtstag von Ernst Friedrich Schumacher, München, 16./17. September 2011.

7 Paul Kirchhof, Bundessteuergesetzbuch, C.F. Müller, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg, 2011.